



Countdown: Noch 12 Monate bis zur Überprüfung des nuklearen Nichtverbreitungsregimes

MARC SAXER

Die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (*NPT Review Conference*) findet Ende Mai 2010 in New York statt. Nach dem Scheitern der letzten Überprüfungskonferenz 2005 ist ein Erfolg im nächsten Jahr zwingend, um die weitere Erosion des Nichtverbreitungsregimes zu verhindern. Erfolg oder Misserfolg werden nicht zuletzt davon abhängen, in welcher politischen Atmosphäre die Verhandlungen stattfinden. Weitere krisenhafte Zuspitzungen der Auseinandersetzungen über die Atomprogramme Nordkoreas und Irans sind nicht auszuschließen. Daher ist es entscheidend, zu substantiellen Fortschritten auf den verschiedenen Baustellen der nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes zu kommen. Drei Übereinkünfte waren entscheidend für den Erfolg der Überprüfungskonferenz 1995, als der Nichtverbreitungsvertrag unbefristet verlängert wurde: 1. substantielle Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung, 2. Zusicherungen, Atomwaffen nicht gegen Nichtnuklearwaffenstaaten einzusetzen, 3. die Ratifizierung des Teststoppvertrages (*Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT*). Die weltweite Renaissance der zivilen Nutzung von Atomenergie dürfte heute eine Übereinkunft auf einem weiteren Feld außerhalb des engen NPT Rahmens erfordern: einem neuen multilateralen Rahmen der zivilen Nutzung. Der bei der Überprüfungskonferenz 2000 verabschiedete 13 Punkte Plan bleibt eine gute Basis für einen neuen globalen Konsens. US Präsident Obama hat in seiner Grundsatzrede in Prag umfassende Initiativen in allen Punkten der Agenda angekündigt. Mit der Vision einer atomwaffenfreien Welt, den angestrebten Abrüstungsschritten, der Neudefinition der Rolle von Atomwaffen und den Gesprächsangeboten an Iran geht Präsident **Obama ein hohes politisches Risiko** ein. Konservative Kommentatoren versuchen bereits heute, diese Politik als schwach und naiv zu zeichnen. Aber auch die vielen Demokraten unter den 329 Kongressabgeordneten, die ihr Misstrauen

gegen die Nahostpolitik ihres Präsidenten in einem Brief ausgedrückt haben, sollten eine Warnung sein. Europa steht in den kommenden Monaten nicht im Zentrum der nuklearen Agenda, sollte jedoch die **Initiativen des amerikanischen Präsidenten flankierend unterstützen**, um die neue Dynamik in der nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik zu erhalten. Die Atmosphäre auf dem Vorbereitungstreffen (*PrepCom*) Anfang Mai 2009 hat gezeigt, dass es möglich ist, Fortschritte zu erzielen, es aber weiterhin unterschiedliche Visionen und Interessen zwischen Nichtnuklearwaffenstaaten (NNWS) und Nuklearwaffenstaaten (NWS) zu überbrücken gilt. Nach den Präsidentschaftswahlen in Iran wird der innenpolitische Druck in den Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Israels steigen, **bis Ende 2009 konkrete Fortschritte in den Gesprächen mit Teheran** zu erzielen. Ist dies nicht der Fall, wird der Druck auf die neugewählte deutsche Bundesregierung steigen, eine neue Sanktionsrunde mitzutragen. Um trotz potentieller Krisen das Nichtverbreitungsregime zu festigen, sind **sichtbare Fortschritte in den verbleibenden 12 Monaten** bis zur Überprüfungskonferenz vor allem auf folgenden vier Feldern wichtig:

Nukleare Abrüstung

Die erste Phase der nuklearen Abrüstungsverhandlungen wird bilateral zwischen den USA und Russland geführt. Nach der Übereinkunft der Präsidenten Medwedew und Obama Anfang April in London haben die Verhandlungen bereits begonnen. Nicht zuletzt wegen der hohen Kosten der veralteten Waffensysteme ist mit substantiellen Reduzierungen der Arsenale strategischer Atomwaffen zu rechnen. Allerdings wird es kaum möglich sein, die Zustimmung des US Senates für einen neuen Rüstungskontrollvertrag fristgerecht bis Dezember 2009 zu erhalten. Da eine Verlängerung von START I (*Strategic Arms Reduction Treaty*) durch den Austausch von Noten

von beiden Parteien nicht gewünscht wird, dürfte man sich um eine symbolische Übereinkunft bemühen und die Verhandlungen über eine echte Reduzierung im nächsten Jahr fortsetzen. Die Verhandlungen mit China, Großbritannien und Frankreich sollen erst in einer zweiten Phase beginnen. Alle NWS sollten sich aber eindeutig zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekennen. Hilfreich sind die britisch-norwegischen Bemühungen über eine klarere Ausgestaltung der Berechnungsregeln und des Verifikationsregimes. Nachdem die Abrüstungskonferenz in Genf endlich die **Verhandlungen über den FMCT** (*Fissile Material Cut-Off Treaty, FMCT*) wiederaufnimmt, sollte Europa die größere Offenheit Indiens in dieser Frage unterstützen.

Nichteinsatzgarantien

Auf dem Vorbereitungstreffen ist es nicht gelungen, eine detaillierte Liste von Empfehlungen für die Überprüfungskonferenz 2010 zu beschließen. Einmal mehr eskalierte der Nord-Süd Streit über die Forderung nach rechtlich bindenden Abrüstungsverpflichtungen und Nichteinsatzgarantien (*negative assurances*). Insbesondere Frankreich verwahrt sich gegen solche Garantien. Die NWS sollten jedoch die 1995 gegebenen nicht bindenden Nichteinsatzgarantien formalisieren. Immerhin haben die NWS erneut ihre Bereitschaft erklärt, darüber im Rahmen der Abrüstungskonferenz in Genf zu verhandeln. Problematisch sind Forderungen nach Garantien der Nicht-NPT Staaten Israel, Indien und Pakistan. Nur wenn in den nuklearen Doktrin die Verbindung von Atomwaffen mit einer Bedrohung durch biologische oder chemische Waffen gelöst wird, können NWS universelle Nichteinsatzgarantien geben. Die Überprüfung der amerikanischen Nukleardoktrin (*Nuclear Posture Review* Bericht im Dezember 2009) sollte die Tendenz der Bush Regierung, Atomwaffen als Kriegsführungsinstrumente zu normalisieren, zurückdrehen. Die europäischen Staaten sollten auf eine **Abwertung der Rolle der Atomwaffen in der NATO Strategie** drängen. Statt an „europäischen Atomwaffen“ festzuhalten, sollte ein Verzicht auf atomare Erstschläge verankert werden.

Ratifizierung des Teststoppvertrags

Selbst bei schnellen Fortschritten der Abrüstungsverhandlungen werden die kurzfristig erreichbaren Reduktionen nicht ausreichen, um die Proliferationsdynamik zu brechen. Daher rückt die Ratifizierung

des Teststoppvertrages ins Zentrum der Agenda. Der Teststopp ist zudem ein Weg Israel, Indien und Pakistan in das Nichtverbreitungsregime einzubinden. Präsident Obama hat einen neuen Anlauf versprochen, den Vertrag zu ratifizieren. Dafür ist eine Mehrheit von 67 Senatoren notwendig, also alle demokratischen und mindestens 8 republikanische Stimmen im Senat. Die europäischen Verbündeten sollten alles unternehmen, die **Senatoren von der zentralen Wichtigkeit der Ratifizierung zu überzeugen**. Hilfreich könnte dabei die neue Offenheit Chinas sein, einem solchen Schritt der USA unmittelbar zu folgen. Ein starkes Signal wäre ein Teststopp Moratorium aller de-facto Atommächte.

Zivile Atomenergienutzung

Präsident Obama hat einen neuen multilateralen Rahmen für die zivile Nutzung von Atomenergie und die Einrichtung einer Brennstoffbank angekündigt. Die EU hat die Errichtung einer Brennstoffbank bereits mit 25 Mio. EUR unterstützt, die Anschubfinanzierung von 150 Mio EUR ist damit gesichert. Kasachstans Präsident Nazarbajew bot die Einrichtung einer Brennstoffbank bei einem Treffen mit Irans Präsident Ahmadinedschad am 6. April an. Der direkte Zugang über das kaspische Meer könnte den Interessen Teherans entgegenkommen, dennoch besteht Teheran auf einer nationalen Anreicherung. Europa sollte die Nutzung der Bank durch eine Vielzahl von Staaten empfehlen, um eine Diskriminierung der Kunden zu vermeiden, und bei der Aufstellung der Geschäftsordnung darauf achten, **keine weiteren Barrieren für NNWS bei der Nutzung ziviler Atomenergie** zu schaffen. Europa sollte zudem auf seine eigene Entwicklung als einziger multilateraler nuklearer Verbund verweisen.

Langfristig werden sich weitere Fortschritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt wegen der großen Asymmetrien in den konventionellen Fähigkeiten nur durch eine umfassende Abrüstungsagenda und den strategischen Ausgleich zwischen den zentralen Akteuren erreichen lassen.

Marc Saxer ist Referent für Globale Sicherheitspolitik im Referat Globale Politik und Entwicklung.
marc.saxer@fes.de

Weiterlesen:

www.fes-globalization.org/dog_publications/disarmament.htm